

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärtig 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 164

Februar 179.

Wildbad, Montag, den 19. Juli 1920.

Februar 179.

54. Jahrgang

Sachachen zur Kohlenfrage.

Zum großen Verdruss der Verbündeten hat Reichsminister Simons auf der Konferenz in Spa die Frage der staatlichen Zugehörigkeit Oberschlesiens angeschnitten. Aber das Schicksal dieses wichtigen Kohlengebiets kann nicht mit Stillschweigen übergegangen werden, wenn so viel von deutscher Kohlenförderung und von fremden Ansprüchen darauf die Rede ist. Von Interesse sind die Ausführungen, die die „Frankf. Btg.“ in dieser Beziehung macht. Das Blatt schreibt:

Im letzten Friedensjahr 1913 hatte Deutschland eine Gesamtkohlenförderung von 191 1/2 Millionen Tonnen; aus dem Ruhrgebiet stammten davon 114 1/2 Millionen (60,22 Prozent), aus Oberschlesien 43,44 Millionen (22,35 Prozent), aus dem Saargebiet 17 Millionen (3,95 Prozent). Der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr betrug 33 1/2 Millionen Tonnen; hätte Deutschland damals die Saar und Oberschlesien nicht bebesen, also 60 Millionen Tonnen weniger Förderung gehabt, so wären wir statt eines Kohlenausfuhr-Lands ein auf Zulauf ausländischer Kohle angewiesenes Einfuhrland gewesen. Verlieren wir jetzt Oberschlesien, dann erzeugt Deutschland auf absehbare Zeit weniger Kohle, als es auch bei verhängnisvoller Einschränkung der heimischen Wirtschaft für diese braucht. Dann muß Deutschland Kohle aus fremden Gebieten kaufen und kann Kohlenabgaben an das Ausland, Kohlenleistungen an die Entente aus dem Friedensvertrag überhaupt nicht mehr leisten.

Daß wir Oberschlesien behalten, ist also die unbedingte Voraussetzung für jede Kohlenlieferung überhaupt. Nach den Denkschriften, die von den deutschen Sachverständigen den Verbündeten in Spa überreicht worden sind, hat die deutsche Steinkohlenförderung mit Einschluß von Oberschlesien (ohne die Saar) im Jahr 1919 108 Millionen Tonnen oder 57 Prozent der Förderung von 1913 betragen; die Steigerung der Braunkohlenförderung hat gerade nur die weitere Verminderung des Heizwerts durch die Verschlechterung der Kohlenqualität wettgemacht. Für das Jahr 1920 wird, wiederum einschließlich Oberschlesiens, mit einer Erhöhung der Förderung auf 126 Millionen Tonnen gerechnet (davon 30 Millionen in Oberschlesien). Von diesen erwarteten 126 Millionen Tonnen würden nach Deckung des Selbstverbrauchs der Becken, des Bedarfs der Eisenbahnen und der Schifffahrt sowie der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke (alles schon auf Grundlage der bisherigen schweren Einschränkung!) für Hausbrand, Industrie und Landwirtschaft insgesamt 71 1/2 Millionen Tonnen übrig bleiben, während innerhalb der jetzigen Grenzen Deutschlands 1913 für diese Zwecke 85,7 Millionen Tonnen verbraucht wurden. Von diesen 71 1/2 Millionen Tonnen gehen aber die Mengen ab, die wir nach Holland, der Schweiz und Skandinavien liefern, um von ihnen Waren und Kredite zu erhalten. Alles aber, was wir an die Entente an Kohlen liefern, geht gleichfalls auf Kosten dieser 71 1/2 Millionen Tonnen für Hausbrand, Industrie und Landwirtschaft. Die Rechnung ist also klar. Die Entente fordert monatlich 2 Millionen Tonnen (ein Fünftel unserer gegenwärtigen Gesamtproduktion einschließlich Oberschlesiens!), das macht 24 Millionen Tonnen pro Jahr. Es bliebe für den deutschen Wirtschaftsverbrauch eine Gesamtmenge von 41 1/2 Millionen Tonnen, das ist weniger als die Hälfte dessen, was wir 1913 für die gleichen Zwecke zur Verfügung hatten. Bisher haben wir geliefert: September 1919 417 000 Tonnen, Oktober 599 000 Tonnen, November 622 000 Tonnen, Dezember 675 000 Tonnen, Januar 425 000 Tonnen, Februar 673 000, März 573 000, April 718 000, Mai 962 000 Tonnen. Auch im Mai, der demnach bisher die höchste Lieferzahl erwies, war also die Ablieferung weniger als die Hälfte von dem, was die Entente jetzt fordert. Wir alle aber wissen, was in dem vergangenen Winter und Frühjahr und bis jetzt der Kohlenmangel als Einschränkung für unser gesamtes Wirtschaftsleben und an Zuspitzung der politischen Konflikte bedeutet hat. Von Oktober 1919 bis März 1920 ist nach der amtlichen Denkschrift der eingeschränkte Gesamtbedarf der Industrie an allen Arten von Brennstoffen nur mit 57 Prozent gedeckt worden.

Wir machen seit Monaten verzweifelte Anstrengungen, die Kohlenförderung zu heben. Die Bergarbeiter streiken Uebermächtig. Neue Massen von Arbeitern werden herangezogen; insgesamt sollen es 150 000 werden; die Kosten für die Beschaffung der dafür benötigten Wohnungen wurden im Oktober 1919 auf 3—4 Milliarden geschätzt, heute dürften sie gegen 15 Milliarden betragen.

Daß die Kohlennot allgemein ist, darüber besteht kein Zweifel. Aber Frankreich verlangt mehr, als gerecht ist. Es fordert Ersatz für den Produktionsausfall der 1918 von deutschen Heeren in Nordfrankreich zerstörten Gruben. Aber für diesen Produktionsausfall (Friedensförderung 20 Millionen Tonnen) hat es tatsächlich nahezu vollständigen Ersatz schon in den Gruben des Saargebiets, die wir ihm abtreten mußten. Wenn sich trotzdem sein Kohlenmangel jetzt so verschärft hat, so insbesondere darum, weil es durch die Wiederecobierung von Lothringen eine neue Großindustrie in seine Grenzen gezogen hat, der durch die Loslösung von Deutschland die natürliche Kohlengrundlage fehlt. Unmöglich ist das französische Verlangen, durch Ansetzung unerträglicher Kohlenlieferungsverpflichtungen an Deutschland gewissermaßen zu den Eisenwerken, die Frankreich annektiert hat, nun auch noch die deutschen Kohlengruben zu annektieren. Die internationale Kohlennot kann nur durch internationale Einteilung und internationale Produktionsförderung erträglich gemacht werden.

Die Bilanz der Retag.

Jetzt endlich veröffentlicht eine Kriegsgesellschaft, die Reichs-Textil-Aktien-Gesellschaft, nach neuerlicher Umnamierung Retag genannt, eine gleichmäßige Abschlußrechnung für das Geschäftsjahr 1919/20. Die Kriegsgesellschaft war nach Ausbruch des Kriegs mit zahllosen anderen nach dem Rezept des Herrn Walter Rathenau in Berlin mit einem eingezahlten Aktienkapital von 4 1/2 Millionen Mark gegründet worden. Da alle Bilanzen der früheren Jahren geheim gehalten werden, so können sie mit dem Ergebnis des letzten Jahres nicht zum Vergleich herangezogen werden, aber schon der Einblick in dies eine Jahr genügt, um zu sehen, in welchem Maße die Kriegsgesellschaften den Warenverkehr seit nunmehr fast 6 Jahren beeinträchtigt und — verteuert haben.

Im abgelassenen Jahr hatte die „Retag“ eine Gesamteinnahme von 148 Millionen Mark, davon entfallen auf den Ausverkauf der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft rund 27 Millionen, auf andere Waren der Retag rund 74 Millionen und auf Vermittlungsgebühren vom Reichsverwertungsamt und anderen Ämtern rund 43 1/2 Millionen. Die Geschäftskosten betragen in dem einen Jahr 31,7 Millionen Mark, darunter an Gehältern 10 495 292 Mark, andere Verwaltungskosten 3 845 293 Mk., Mieten 865 499 Mark. An Reingewinn verbleiben rund 64 1/2 Millionen Mk., wovon an die Aktionäre 237 500 Mk. (5 Prozent Dividende) fallen, 54 Millionen an das Reichsschatzministerium abgeliefert und 10 Millionen zurückgestellt werden. Dem Beamtenpensionsfonds werden 75 000 Mark überwiesen und 99 225 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen. Der Umsatz an Waren stellte sich im abgelassenen Jahr auf 1325,6 Millionen; in den 5 letzten Jahren auf 2044 Millionen. — Wenn nun auch von dem ungeheuren Geschäftsgewinn der Löwenanteil dem Reich zufließt, so ist eine solche Gewinnmacherei doch einfach unerhört. Um das Zehnfache hätten die Waren an die Verbraucher billiger geliefert werden können. Die Kriegsgesellschaften waren doch angeblich dazu eingerichtet worden, um in den Zeiten des Kriegsmangels die Deckung des Bedarfs zu sichern, statt dessen hat es — nicht bei ihnen, wie die richtigen Umsätze zeigen, — wohl aber bei den Verbrauchern stets an Waren gemangelt und diese sind aufs Ärgste überverteilt worden. So ist es doch kein Wunder, wenn jetzt überall der „Käuferstreik“ eingesetzt hat, d. h. wenn jetzt kein Geld mehr zu kaufen da ist, während eine Reihe von Industrien wegen der überfüllten Läger die Betriebe schließen müssen. Erst kürzlich wurde berichtet, daß die Fischgesellschaft einen Reingewinn von 900 Prozent gemacht hat. Aus den Bilanzen der übrigen Kriegsgesellschaften, die nun bei den hoffentlich sicher bevorstehenden Ausföhrungen nach und nach ans Tageslicht

kommen werden, wird man noch manche Ueberraschung erfahren. So viel steht jetzt schon fest: unsere Kriegswirtschaft war von Anfang an auf ein falsches Gleis geschoben und doppelt falsch war es, dieses System noch so lange in die Friedenszeit zu übernehmen. Diese Art von Zwangswirtschaft hätte längst beseitigt werden müssen.

Die Konferenz in Spa.

Der Kohlenvertrag mit Vorbehalt unterzeichnet.
Schluß der Konferenz.

Spa, 17. Juli.

Die gestrige Vollsigung fand um 5 Uhr nachmittags im Schloß de la Freineuse statt. Von der deutschen Vertretung war Reichskanzler Fehrenbach, Reichsminister Dr. Simons und der bayerische Staatsrat Dr. v. Meinel anwesend. Reichsminister Dr. Simons machte Mitteilung, daß die deutsche Regierung in der Kohlenfrage in drei Punkten Einwendungen machte: in der Finanzfrage, in der obereschlesischen Frage und in der Besetzungsfrage.

In der Finanzfrage wünsche Deutschland, daß die Angebote der Prämie von fünf Goldmark für die Tonne und der Vorschuß, der aus dem Unterschied zwischen deutschem Inlandspreis und dem Weltmarktpreis für die Kohlenlieferung berechnet werde, nicht nur für die über Land gelieferte Kohle, sondern auch für die über See gelieferte bewilligt werde.

In der obereschlesischen Frage bestche die deutsche Regierung auf Bürgschaften, die ihr die Lieferungen mit Ostkohle für den Fall von Schwierigkeiten im Ruhrgebiet sichern.

Zu Par. 7 betr. Einmarschbestimmung könnte die deutsche Regierung ohne vorherige Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften ihre Zustimmung nicht geben. Sie schlug deshalb eine solche Fassung vor, daß diese Bestimmung nur für den Fall vorsätzlicher Verletzung gelte.

Die Verbündeten zogen sich zu einer langen Beratung zurück und teilten schließlich mit, daß die deutschen Bestimmungen nicht angenommen werden könnten.

Nach Besprechungen mit dem Reichskanzler erklärte Dr. Simons, er bitte um eine Unterbrechung der Sitzung, da die deutsche Vertretung sich beraten müsse. Zu dieser Beratung wurden Reichsminister Wirth, Dr. Hermes und Dr. Scholz sowie die Staatssekretäre Albert, Bergmann und Müller eiligst hinzugerufen. Es fand sodann eine Kabinettsitzung statt, die nach eingehender Besprechung zu dem Ergebnis kam, an folgenden zwei Punkten festzuhalten: 1. Daß in der obereschlesischen Frage eine Zusage in dem von Lloyd-George geäußerten Sinne erfolge. 2. Daß Par. 7 des Vertrags wegfalle.

In der obereschlesischen Frage erklärten die Verbündeten, daß der deutschen Regierung ein beglaubigter Auszug aus dem amtlichen Sitzungsprotokoll mit den Erklärung des Herrn Lloyd-George übergeben werde, wodurch die deutschen Bedenken wohl zerstreut wären. Hinsichtlich Par. 7 schienen sie jedoch keine Nachgiebigkeit zu zeigen, sondern versuchten immer und immer wieder durch die militärischen Drohungen die deutsche Unterschrift zu erzwingen. Die Vollsigung trat dann wieder zusammen.

Ministerpräsident Millerand erklärte, die deutsche Regierung habe anscheinend immer noch nicht verstanden, daß es der unbeugsame Wille Frankreichs sei, die Erfüllung des Friedensvertrags sicherzustellen. Ministerpräsident Lloyd George erklärte, er begreife den Widerstand gegen die Unterzeichnung der Einmarschbestimmungen nicht. Er sei der Meinung, daß die deutsche Regierung hier unter Einflüssen von außen stehe. Ja, es seien anscheinend Bestrebungen von deutscher Seite im Gange gewesen, denen an der sofortigen Besetzung des Ruhrgebiets durch die Verbündeten gelegen sei.

Reichsminister Dr. Simons betonte den festen Willen der deutschen Regierung, den Friedensvertrag zur Ausführung zu bringen. Deutschland wisse wohl, daß die Verbündeten die Macht hätten, die Durchführung des Vertrags zu erzwingen. Umsoweniger verhehe man deutschseits die Drohung mit militärischen Maßnahmen. Die deutsche Regierung kenne keine Einflüsse von außen.

außer einem, der sei: die deutsche öffentliche Meinung. Jeder neue Fall, in dem man die deutsche Regierung unter Drohung von militärischen Zwangsmahnahmen zu einer Unterschrift zwingt, mache ihr die Unterschrift für das nächstemal schwerer.

Ministerpräsident Delacroix machte darauf den Vorschlag, die Wiedergutmachungsfrage nicht mehr zu beraten, sondern sie auf einer neuen Konferenz, die in einigen Wochen in Genf zusammenzutreten soll, zu regeln. Der Vorschlag wurde angenommen. Ministerpräsident Delacroix schloß darauf die Konferenz. Kurz nach 8 Uhr fand dann die Unterzeichnung des Protokolls in der Kohlenfrage statt. Für die deutsche Regierung leitete Reichskanzler Fehrenbach und Reichsminister Dr. Simons die Unterschrift mit dem Hinzusetzen der in solchen Fällen üblichen diplomatischen Formel wegen der Einmarschbestimmung des Par. 7: Unter Vorbehalt des Artikels 7.

Das Kohlenprotokoll oder das „zweite Diktat“ ist nun auch unterzeichnet; die wesentlichen Bedingungen der schriftlichen Forderungen des Obersten Rats sind angenommen bis auf den Par. 7, der die Strafbestimmung bezüglich der Besetzung des Ruhrgebiets enthält. Bei der Unterzeichnung der verhängnisvollen Urkunde machte Reichsminister Simons den ausdrücklichen Vorbehalt, daß die deutsche Regierung die Strafklausel nicht anerkenne. Die Verbündeten ließen daran den Vertrag nicht scheitern — die Zwecklosigkeit der Konferenz von Spa wäre niemand ungelegener gewesen als ihnen —, praktisch ist der Vorbehalt der deutschen Vertreter auch nicht von großem Belang. Das Ruhrgebiet wird besetzt werden, wenn nach Ansicht der Ueberwachungskommission die jetzt vertragsmäßig festgesetzte Kohlenlieferung im Rückstand bleibt, ob mit oder ohne Schuld der Deutschen, das bleibt sich gleich, sofern nur die Verbände die Macht hat, die Besetzung durchzuführen. Trotzdem ist es erfreulich, daß der Vorbehalt aufrechterhalten wurde, der wenigstens die formale Bedeutung hat, daß Deutschland nicht alles schlechtere hinnimmt, was ihm von der Gegenseite zugemutet wird. Gegen die Besetzung uns zu wehren, dazu liegt keine Möglichkeit mehr vor und wir würden sie gegebenenfalls unter dem üblichen Widerspruch geschehen lassen müssen. Die letzte Frage der Wiedergutmachung in Genf nun demnächst auf einer weiteren Konferenz in Genf zum Austrag gebracht werden. Nach dem Pariser „Temps“ würde auch hierfür schon ein „Diktat“ mit der Forderung von 130 Milliarden Goldmark samt Ultimatum und Besetzungsandrohung vorliegen. An sogenannten Rechtsgründen zu weiteren Besetzungen wird es also den Verbündeten nicht fehlen. Jedes der drei Protokolle enthält die Klausel, ein Beweis, wie sehr Frankreich darnach schmachtet; den anderen Verbündeten dürfte wohl nicht eben viel daran gelegen sein, denn im übrigen feindlichen Ausland hat man den Krieg nach dem Kriege herzlich satt.

Ein sehr teurer Preis.

Berlin, 18. Juli. Der „Deutsch. Allg. Ztg.“ wird aus Spa berichtet: Minister Simons sagte seine Eindrücke, als er gegen 9 Uhr abends von der Konferenz in die Delegation zurückkehrte, folgendermaßen zusammen: „Wir haben das Ruhrgebiet von der fremden Invasion gerettet, aber um einen sehr teuren Preis.“

Paris, 18. Juli. Havas meldet amtlich, die Beschlüsse der Verbündeten über die Besetzung des Ruhrgebiets bleiben bestehen. Die Besetzung wird ohne weitere Ankündigung am dem Tag in Kraft treten, da die Deutschen mit der vertraglichen Lieferung im Rückstand bleiben.

Der „Temps“ berichtet, in Spa sei beschlossen worden, daß die Deutschen 130 Milliarden Goldmark (etwa 1170 Milliarden Papiermark) zuzüglich der Zinsen bis 1. August 1920 als Wiedergutmachung zahlen sollen. Durch die lange Hinzögerung der Kohlenfrage sei dieser Punkt in Spa nicht mehr erledigt worden. Die Deutschen würden sich aber sicher auch in dieser Frage einem Ultimatum oder der Drohung des Einmarsches gebeugt haben.

Die sozialistischen Blätter lehnen ein Eintreten

der Sozialisten in der Kammer für eine Milderung des Diktats von Spa ab, da Deutschland in der Wiedergutmachung keinen guten Willen gezeigt habe.

Spa, 18. Juli. (Havas.) Die Frage der Wiedergutmachung wird einer gemischten Kommission zur Prüfung überwiesen werden, der je zwei Mitglieder jeder Macht angehören. Diese Kommission wird wahrscheinlich in der zweiten Hälfte des August in Genf zusammenzutreten. — Reichskanzler Fehrenbach ist gestern früh 4 Uhr nach Berlin zurückgekehrt.

Neues vom Tage.

Die bayerische Königspartei.

München, 18. Juli. Die bayerische Königspartei erklärt einen Aufruf an das bayerische Volk zur Wiederherstellung des freien Königtums durch Volksabstimmung. Das bayerische Königshaus habe nicht abgedankt. Bayern dürfe nicht zur deutschen Provinz gemacht werden. Die neue Monarchie solle dem christlichen Staatswesen im Geist wahrer Gerechtigkeit und Freiheit vorstehen und ausreichende Gehege gegen die Vergiftung des öffentlichen Lebens durch fremdstämmige Elemente durchführen.

Die österreichische Einkommensteuer.

Wien, 18. Juli. Der Finanzausschuß setzte das steuerfreie Existenzminimum auf 8400 Kronen fest, was dem Fünftfachen des bisherigen Satzes gleichkommt. Bei Einkommen bis 60000 Kronen werden die bisherigen Steuern verjüngt. Die Steuerkala erreicht Höchstsätze von 60 Prozent bei Einkommen von 1200000 Kronen.

Eine neue Streitart.

Prag, 18. Juli. Laut Prager Tageblatt hat sich eine Versammlung von tschechischen Postbediensteten für einen Demonstrationsstreik und gegen die Versendung von Zeitungen ausgesprochen, weil die Presse den Wünschen der Beamten nicht die gehörige Aufmerksamkeit schenke.

Das Selbstbestimmungsrecht.

Mailand, 18. Juli. Der „Corriere della Sera“ meldet, auf Sizilien sei eine Bewegung zur Losrennung von Italien im Gange. (Das Wilsonsche Recht der Selbstbestimmung, für das die Italiener in bezug auf das Trentino so schwärmten, könnte ihnen doch noch un bequem werden.)

Krieg im Osten.

London, 18. Juli. Wie die „Times“ meldet, ist die englische Regierung mit dem Gegenvorschlag der Sowjetregierung, die Konferenz zwischen Rußland und den Randstaaten in Brest-Litowsk abzuhalten, nicht einverstanden.

Der frühere englische Minister des Aeußern Grey tabelte in einer Rede über den Völkerbund, in der er Deutschland aufzunehmen empfiehlt, die Politik der Verbündeten gegenüber Rußland. Vor wenigen Monaten wollten sie die bolschewistische Regierung vernichten, jetzt verhandeln sie mit ihr. Nach der Revolution hätte die Politik der Nichteinmischung erklärt werden sollen. Dagegen habe die englische Politik die national gesinnten Russen den Bolschewisten zugeführt. Dies hätte vermieden werden können, wenn vor dem polnischen Angriff der Völkerbund herangezogen worden wäre.

Krasin wird dieser Tage wieder in London erwartet. Paris, 18. Juli. (Havas.) Zwischen den Japanern und der Regierung von Wschne-Ubins (Ostibirien) ist ein Waffenstillstand abgeschlossen worden bis zur Errichtung eines Pufferstaats.

In Peking wurde der Belagerungszustand erklärt.

Bedenkliche Lage in Mesopotamien.

London, 18. Juli. Nach amtlichen Berichten aus Mesopotamien ist durch fortwährende feindliche Angriffe auf die Bahnie Bassora-Bagdad die Verbindung unterbrochen. Die englisch-indische Garnison in Kumeitha muß durch Flieger verproviantiert werden.

Die Türken werden unterzeichnen.

London, 18. Juli. Nach der „Times“ erklärte der aus Paris zurückgekehrte Großwesier des Sultans, bei Verweigerung der Unterzeichnung des Friedensvertrags laufe die Türkei Gefahr, Konstantinopel zu verlieren.

Stuttgart, 18. Juli. (Transportarbeiterstreik.) Die ausländigen Fuhrleute und Transportarbeiter haben trotz der angebotenen Entlassung gestern die Arbeit nicht aufgenommen. — Die mit der Bahn angelangten Güter wurden anfangs vielfach von den Empfängern auf dem Bahnhof abgeholt, da die Güterbeförderer nicht in der Lage waren, die Güter zuzustellen. Dabei scheinen aber viele Diebstähle unterlaufen zu sein, namentlich von Lebensmitteln. Die Bahnverwaltung hat die Abgabe der Güter an Private verweigert.

Der Schlichtungsausschuß hat den Straßenbahnern einen Teuerungszuschuß von 120 M. für die Verheirateten und von 90 M. für die Ledigen zugesprochen. Die Direktion wird nächster Tage dazu Stellung nehmen.

Die Vertragsangestellten bei den Versorgungs- und Lazarettbehörden haben auf Grund eines neuen Abkommens am 15. Juli die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Württ. Beamtenverbände erhebt in einer Eingabe an das Erziehungsministerium Protest gegen die Steigerung der Lebensmittelpreise und der Mieten.

Stuttgart, 18. Juli. (Preisabbau.) Vom Montag ab wird der Preis für Ochsen-, Rind- und Kalbfleisch, sowie Wurstwaren um durchschnittlich 50 Pfg. das Pfund herabgesetzt. Der Preis für Schweine- und Schaffleisch bleibt gleich. Auch für Obst und Gemüse werden neue Preise festgesetzt.

Stuttgart, 18. Juli. (Mißhandlung von Beamten.) Die Arbeitsgemeinschaft der Württ. Beamtenverbände nimmt Stellung zu den in letzter Zeit sich mehrenden Fällen tätlicher Beleidigungen von Beamten. Solche Vorfälle können nur dadurch vermieden werden, daß gegen die Täter mit voller Schärfe des Gesetzes vorgegangen wird und die Sühne der Tat auf dem Fuße folgt. Die Beamtenverbände sehen von Maßnahmen demonstrativer Art ab, in der Erwartung, daß die neue Regierung den Willen, den Mut und die Kraft finde, Wiederholungen dieser Ausschreitungen zu verhindern.

Esslingen, 18. Juli. (Besitzwechsel.) Das Hotel zur Krone ist durch Kauf samt Inventar an Gebirder Hörer aus Ereglingen übergegangen. Die Uebergabe erfolgt am 1. Oktober.

Reilstein O. R. (Glückliche Rettung.) Die Familie des Sattlers Kunz erwachte am Krachen und Reissen der Tapeten aus dem Schlaf. Nichts Gutes ahnend, verließ das Ehepaar samt den vier Kindern das Haus. Wenige Minuten später stürzte der Boden in den Keller. Eine Stuhlwand des Kellers hatte nachgegeben.

Giengen a. Br., 18. Juli. (Teure Weide.) Die hiesige Schafweide ist um 69200 (bisher 26140) Mark verpachtet worden.

Horb, 18. Juli. (Hagelschlag.) Am Freitag nachmittag ist ein schweres Unwetter über das Oberamt Horb niedergegangen.

Baden.

Karlsruhe, 18. Juli. In der Versammlung des hiesigen soz. Vereins teilte Minister des Innern Kemmle mit, daß das Zentrum an die soz. Landtagsfraktion mit der Bitte heranzutreten sei, den derzeitigen Staatspräsidenten, der die Absicht hatte, demnächst aus der Regierung auszuschcheiden, nicht aus dem Kabinett zurückzuziehen. Staatspräsident Geiß möge in seinem Amt verbleiben. (Nach dem Ausfall der Reichstagswahlen war geplant gewesen, den Posten des Staatspräsidenten dem Zentrum zu übergeben. Die Verhandlungen über die Staatspräsidentenfrage sind noch nicht abgeschlossen.)

Karlsruhe, 18. Juli. Mit dem Verband der Ziegeleibesitzer wurde ein Abkommen getroffen, wonach die Hälfte der Ziegeleierzeugnisse, die unter Verwendung der amtlich zugestellten Kohlen hergestellt werden, an die Bad. Bauhoffbeischaffung für solche Bauten zu liefern ist.

Wessen Bild trägst du im Herzen?

Roman von Erich Ebenlein.

16. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Du weißt, Mama, darüber sind wir verschiedener Ansicht. Ich bin überzeugt, daß die Erbprinzessin nur tat, was man von ihr verlangte, nachdem böse Jungen mich bei Hof in ein falsches Licht setzten. Sie selbst ist arglos und gut. Ich glaube bestimmt, es fiel ihr innerlich sogar recht schwer, unfreundlich gegen mich zu sein, denn bis dahin war sie mir sehr gnädig gesinnt.“

Die Gräfin starrte ihre Tochter einen Augenblick verblüfft an, als traue sie ihren Ohren nicht. Dann lachte sie spöttisch.

„Du bist und bleibst ein dummes Schäschen, mein Kind! Also höre weiter, was ich zunächst über Hallerstein in Erfahrung brachte. Der kleine Erbprinz ist viel kränker, als man glaubt. Zwar ist die Gefahr in Bezug auf die Diphtheritis beschworen, aber Dr. v. Seilern soll erklärt haben, daß die ganze Konstitution des Kindes nur dann dauernde Gesundheit verbürgt, wenn die äußerst schwach entwickelten Organe durch eine sorgfältig angepaßte, lang fortgesetzte Kur gekräftigt werden.“

„Ich glaube, Dr. hat er recht! Achim machte mir nie den Eindruck eines Kranken, wohl aber eines beängstigend schwachen Kindes, das einer zielbewußten ärztlichen Behandlung bedürfte.“

„Möglich. Jedenfalls war die Erbprinzessin gleich Feyer und Flamme für den Plan und beschwor Seilern, der noch dazu ein alter Jugendfreund von ihr ist, diese Kur selbst zu überwachen, wozu er allerdings auf seine Mannheimer Zukunftskläre verzichtete. Ich bin überzeugt, die ganze

Sache war längst zwischen ihr und den Geschwistern Seilern abgemacht! Die Erbprinzessin mochte Medizinrat v. Wertheim nie recht, und durch dieses Arrangement soll nun nicht nur Seilern die Möglichkeit geschaffen werden, hier Karriere zu machen, sondern überhaupt hier, d. h. der Erbprinzessin nahe zu bleiben!“

„Oh, Mama! Wie schlecht du immer gleich von den Menschen denkst!“ rief Lore unwillig.

„Weil ich die Welt kenne! Wir werden ja sehen! Denke an meine Worte!“

„Und ich sage dir, es ist abscheulich! Eine Frau, die so lauter und hochgesinnt ist wie die Erbprinzessin! Ich schwöre dir, sie hat nichts, gar nichts im Auge als das Wohl ihres über alles geliebten Kindes!“

Wieder lächelte die Gräfin spöttisch.

„Möglich. Jedenfalls aber paßt dem Erbprinzen die ganze Geschichte nicht, und als er davon erfuhr, soll es zu einer sehr scharfen Auseinandersetzung gekommen sein. Er nannte die vorgeschlagene Kur einen Blödsinn, Seilern einen Streber, der absichtlich den kleinen Erbprinzen leidend erkläre, was er in Wahrheit gar nicht sei. Das Kind sei einfach verzärtelt, müsse unter stromme männliche Zucht und solle gleich nach der Genehung Major Lavandul als Erzieher nach einem herzoglichen — loß in der Provinz gebracht werden.“

„Um Gotteswillen, die arme Erbprinzessin! Aber woher weißt du alles so genau?“

„Von der Oberstin natürlich. Ihre Tochter, die doch Hofdame bei der Erbprinzessin ist, hatte gestern Dienst und dabei Gelegenheit, alles selbst zu beobachten.“

„Und die Erbprinzessin sügt sich in die Trennung von dem Kinde?“

„Vorläufig noch nicht. Sie will kämpfen bis aufs Äußerste, und wandte sich zunächst an den Herzog, der ihr bisher immer die Stange hielt und daher gehen auch gleich nach Hallerstein fuhr. Dort sprach er zunächst mit der Erbprinzessin, dann mit Dr. von Seilern, der immer noch draußen weilt und die Behandlung des Kindes leitet.“

„Nun — und?“

„Man weiß noch nichts Bestimmtes. Die Marklein glaubt aber, daß es der Erbprinzessin gelang, ihn auf ihre Seite zu bringen. Am späten Abend hatte er eine lange Unterredung unter vier Augen mit seinem Sohn. In der Nacht soll er erkrankt sein. Einige sagen „Herzschwäche“, andere sogar „ein leichter Schlaganfall“. Trotzdem bestand er darauf, am Morgen in die Residenz zu fahren. Denn die politische Konstellation . . .“

Der Eintritt der Aufwartsdame unterbrach das Gespräch. Sie übergab Lore ein Schreiben, das soeben durch einen Lakai vom Obersthofmeisteramt gebracht worden war. Die Gräfin war lebhaft aufgesprungen und guckte ihrer Tochter während des Lesens über die Schulter.

„Aha,“ lächelte sie dabei, „das nimmt mir meine dritte Neuigkeit also vorweg!“

Die junge Hofdame starrte sie bestürzt an.

„Du wußtest bereits darum, Mama?“

„Zawohl, und hat mich natürlich in die beste Laune versetzt! Das Glüd erklärt sich entschieden für uns! Er kehrt zurück und damit hat die Hütterwochenkomödie ihr Ende gefunden!“

Lore war tief erblißt.

„Willst du damit sagen, Mama, daß . . . daß zwischen dem Prinzen und seiner Gemahlin nicht alles ist, wie es sein sollte? Ist . . . etwas vorgefallen?“ stammelte sie.

die mit Zuschüssen des Reichs, des Staats oder der Gemeinden errichtet werden.

Adelsheim, 18. Juli. In einer Versammlung in Rosenbergr wurde mitgeteilt, daß in Mannheim noch viel Grünkern der Ernte 1919 lagern und daß auch die Nahrungsmittelwerke noch Vorräte haben. Die Landwirte wurden darauf aufmerksam gemacht, den Anbau nicht zu stark auszudehnen. Der Preis für die neue Ernte soll 130 Mark der Zentner betragen.

Wipberg (bei Wallbörn), 18. Juli. Die hiesige Gemeinde hat die Acker und Wiesen des Fürsten von Leiningen, die auf ihrer Gemarkung liegen, aufgekauft, das Gelände aufgeteilt und gibt es zum Selbstkostenpreis an die Einwohnerschaft ab.

Ladenburg, 18. Juli. Die Kommissionen für den Preisabbau setzten den Preis für Frühkartoffeln auf 20 Mk., für Spätkartoffeln auf 15 Mk. fest. Der Preis der Milch soll von 1.80 Mk. auf 1.50 Mk. ermäßigt werden. Auch für Schuhe, Textilwaren und Möbel soll ein Abbau stattfinden.

Zell a. H., 18. Juli. Der Erzeugerpreis für Butter wurde hier auf 10.50 Mark und für Milch auf 1.20 Mark festgesetzt.

Offenburg, 18. Juli. Der Bürgerausschuß beschloß, den Brotpreis von 4.20 Mk. auf 3.20 Mk., den Preis für Erbsen auf 2.20 Mk., für Bohnen auf 2 Mk. das Pfund herabzusetzen. Der Stadt entfiel dadurch ein Ausfall von 800 000 Mk. Beim Kommunalverband sollen noch 500 000 Kilo Hülsenfrüchte lagern. Auch die Landwirte der Umgegend erklärten sich bereit, die Preise herabzusetzen.

Waldshut, 18. Juli. In einer öffentlichen Versammlung wurde mitgeteilt, daß von jetzt ab folgende Verbraucherpreise gelten: Milch 1.30, Butter 12, Fleisch 7, Wurst 3.50-5.50, Mofstobst 15, Tafelobst 25, Steinobst 30, Frühkartoffeln 18, Spätkartoffeln 15 Mark. Söhlen für Herren 45, für Damen 42 Mk., Reis 6, Hülsenfrüchte 2 und Bier 2 Mark der Liter.

Freiburg, 18. Juli. Eine aus dem Bezirk Freiburg von Vertretern des Handels und der Industrie veranstaltete Versammlung erklärte sich mit einer Herabsetzung der Preise einverstanden. Danach würde der Verbraucherpreis für Milch 1.80 Mk., für ein Ei 1.50 Mk., für Butter 12 Mk. und für Frühkartoffeln 60 Pfg. betragen. Von den Geschäftslenten wurde ein Abschlag bei Eisenwaren von 50 Prozent, bei Aluminiumgeschirren von 35-40 Proz., bei sonstigen Haushaltartikeln von 10-20 Proz. und bei Papier- und Schreibwaren von 20 Proz. zugesagt. — Der vom Gewerkschaftsverband und vom Lebensbedürfnisverein eingerichtete billige Schuhverkauf fand großen Zuspruch. Am ersten Tag wurden für über 50 000 Mk. Schuhe verkauft.

Konstanz, 18. Juli. Die Bauarbeiter, die seit über 2 Wochen im Streik stehen, haben den auf Anregung der sozialdemokratischen Partei vom Stadtrat gemachten Vorschlag einer einmalaigen Zulage von 100 Mark abgelehnt.

Handel und Verkehr.

Stuttgarter, 18. Juli. (Obstmarkt.) Auf dem Obst-Großmarkt läßt die Zufuhr an Äpfeln, für die Preise von 2 bis 2.20 Mark gefordert wurden, stark nach. Für in großer Menge zugeführte Birnen wurden 1.30-1.70 Mark verlangt, für Äpfel 1-1.30 Mark, Pfirsiche 2.50 Mark, Aprikosen 2.50-3 Mark, Pfäunen 1.30 Mark. Himbeeren kosteten 2.50 Mark, schöne Stachelbeeren 1.20-1.30 Mark, in Kleinmengen zugeführte Trauben 60-70 Pfennig. — Auf dem Gemüse-Großmarkt waren Bohnen und Gurken in reichlicher Menge herbeigeführt. Für Bohnen wurden 70 Pfennig das Pfund gefordert, für Essiggurken das Hundert 2-5 Mark, für Salzgurken bis zu 25 Pfennig das Stück. Alles übrige war reichlich zu nur unwesentlich veränderten Preisen angeboten.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Die Verhandlungen in Spa haben das Devisengeschäft und die sonstigen Verhältnisse auf dem Geldmarkt kaum merklich beeinflusst. Die deutsche Mark steht in der Schweiz und in Holland mit 14.70 Rappen bzw. 37.75 Centis so ziemlich unverändert wie in der vorigen Woche. Der Reichsbankausweis hat in der ersten Hälfte des Juli eine erhebliche Besserung erfahren. Insbesondere die Kapitalanlage hat sich bedeutend vermehrt. Auch die Goldsäge an den Börsen sind ziemlich still geblieben. Privatdiskont und tägliches Geld notierten 4% oder wenig darüber.

Werte. Die Ergebnisse von Spa wurden von der Börse ziemlich ruhig aufgenommen. Noch am Freitag gab sich in Berlin und Frankfurt sogar eine feste Haltung kund, wobei die Montanwerte vielfach anzogen. Die festverzinslichen Anlagepapiere waren behauptet: 4proz. Württemberger 88, Kriegsanleihe 79½, 5proz. Schatzanweisungen 100.

Produktmarkt. Die Hasterpreise waren in Berlin einigen Schwankungen unterworfen. Dann kam aber wieder eine festere Stimmung auf. Immerhin wurde in Berlin der Zentner am Freitag mit 113 bis 117 Mark notiert, also 13-14 Mark billiger als 8 Tage vorher. Hülsenfrüchte wurden hoch bezahlt. Zuverlässige Hasterpreise sind nicht bekannt geworden, es scheint aber, daß unter 20 Mark ab Scheuer nichts zu haben ist.

Warenmarkt. Der mehr oder weniger freiwillige Preisabbau in den wichtigsten Verbrauchsartikeln beginnt fühlbarer zu werden. Kohlen bleiben teuer und werden durch das Unglück von Spa noch knapper werden. Die Eisenpreise gelten noch bis zum 1. August. Es besteht der gute Wille, sie womöglich herabzusetzen. Das Anziehen der Hasterpreise verhindert eine weitere Verbilligung der Schuhwaren. Am 10. Juli sind in Heilbronn die Preise für Nadeln wieder an die letzte Auktion um

„Darüber weiß ich nichts, obwohl ich überzeugt bin, daß es dieser blonden Prinzessin nicht gelungen ist, das Bild einer gewissen Andern aus dem Herzen ihres Gemahls zu verdrängen! Jedenfalls ist der offizielle Grund dieser Rücksicht der, daß man sich gefaßt machen muß, vielleicht in einen Krieg verwickelt zu werden und daher alle auf Urlaub befindlichen Offiziere schleunigst zurückzubriefen. Ich glaube übrigens,“ sagte sie lächelnd hinzu, „daß der Prinz selbst jetzt recht froh sein wird, nicht bloß Chemann, sondern auch Offizier zu sein! Meinst du nicht auch?“

Die Tochter schwieg. Es war wie erleichtertes Aufatmen durch ihre Seele gegangen.

„Also kein Bewußtsein gottlob! Nicht sie — oder vielmehr die unglückliche Verblendung des Bräutigams war schuld.“

(Fortsetzung folgt.)

2.25 Mk. gestiegen, für Kinderhüte um 3 Mk. Im Textilgewerbe hat sich nichts verändert. Die öffentliche Bewirtschaftung für getragene Kleidungs- und Wäscheartikel ist aufgehoben. Die Weinpreise schloßen weiter ab.

Wohlmacht. In den Vieh- und Pferdepreisen ist keine erhebliche Schwankung zu verzeichnen. Die Maul- und Klauenseuche herrscht weiter. Ferkel sind etwas billiger zu haben; für schöne Exemplare werden 250-300 Mark bezahlt.

Holzmarkt. Das Geschäft liegt völlig darnieder. In den Sägewerken häufen sich die Vorräte. Breiter kosten bloß noch 450 Mk. der Kubikmeter, wozu aber immer noch die Käufer fehlen. Es ist die höchste Zeit, daß die Bautätigkeit wieder einsetzt, weil sonst die Lage des Holzmarktes kritisch wird.

Vermischtes.

Albert v. Keller. In München ist Professor Albert von Keller, der zweite Vorsitzende der Münchner Sezession, gestorben. Keller wurde als Nachkomme einer alten Züricher Patrizierfamilie in Gais (Appenzell) 1844 geboren, siedelte aber nach dem frühen Tod des Vaters mit der feingebildeten Mutter nach München über, wo er seine Ausbildung erhielt und wo er mit verschiedenen Unterbrechungen dauernd blieb. Er war mit Klinger einer der bedeutendsten Künstler der Gegenwart.

Rundgebung der Schulkinder. In Heidelberg machten etwa 500 Schulkinder und Mädels eine Rundgebung gegen die angebliche Ostausfuhr nach dem Ausland.

Die Not unserer Studentenschaft, die sich bisher stolz und schamhaft verbarg, wird grell beleuchtet durch einen Aufruf, der in wenigen Tagen in die Öffentlichkeit gelangen soll. Kaum die Hälfte der Berliner Studentenschaft ist in der Lage, sich einmal in der Woche ein warmes Mittagessen zu verschaffen. Viele unserer jungen Studierenden verbringen ohne Obdach ihre Nächte auf Bahnhöfen oder ähnlichen Zustellplätzen; manche suchen als Straßenarbeiter, Laternenanzünder ihr hohes Brot. Eine mit Hilfe der „Gesellschaft der Freunde“ (Quäker) ins Leben gerufene Mittagsküche für die Studentenschaft kann nur zu einem sehr geringen Teil Erleichterung schaffen. Die künftigen Erzieher unserer Kinder, unsere künftigen Ärzte, Seelsorger, Richter, Rechtsanwälte, führen zurzeit einen verzweifelten Kampf mit dem bittersten Elend, einen Kampf, in dem nicht wenige unterliegen. Der Aufruf, der, von den Rektoren unserer Hochschulen, von unseren Professoren, unterzeichnet, an die Herzen unserer Bürgerchaft sich wenden soll, wird hoffentlich seine Wirkung nicht verfehlen.

Trachtenfest. Am 11. Juli wurde in Marburg in Hessen ein ländliches Trachtenfest abgehalten. Aus allen Teilen Kurhessens kamen die Bauern mit der Bahn oder in laubgeschmückten Wagen, teilweise vierpännig, in ihren bunten Landstrachten an. Biederhöpfer, Marburger, Frankfurter, Hiesbäcker, Oberhessler und andere, derbe kräftige Männergestalten im blauen Leinwand mit weißen Hosen und Gamaschen. Viele hatten wie ihre Frauen und Töchter kostbare von altersher vererbte Trachten aus der Truhe geholt. Der Festzug durch die alte Universitätsstadt war einzigartig. Etwa 6000 Bauern und Bäuerinnen ritten, fuhren und marschierten in dem Zuge, der herzerquickende Bilder des Landlebens auf prächtig geschmückten Wagen vorführte: Erntezit, Brautzug, Spinnstube, Viehzucht usw. Auf einem Festplatz mit allerlei Befestigungen wurden Bauerntänze aufgeführt und von Künstlern materielle Gruppenbilder gestellt. Solche Feste sollten im ganzen Reich gefeiert werden, wo die Trachten noch nicht ganz ausgerottet und durch die Bazarware verdrängt sind. — In Oberhessen hat vor mehr als 30 Jahren Dr. Otto Büchel die Bauern- und Trachtenfeste wieder zu Ehren gebracht.

Verkrüppelter Händlender. Das Wassergericht Bamberg verurteilte den Viehstehlendbänder Himmelmreich zu 2 Jahren Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe.

Neuzeitliche Bäume. Die forstwissenschaftliche Schule in Cambridge (England) hat aus runden eckige Bäume zu machen verstanden. Eine große Anzahl solcher vierseitigen Bäume gibt es freilich noch nicht. Aber in dem Garten der Schule gibt es ein ausgezeichnetes Beispiel eines rechteckigen Baums, und an diesem Exemplar hat man das Geheimnis seines Wachstums entdeckt. Der in Frage stehende Baum mißt etwa 30 Zoll zu 2 Zoll. Sein seltsames Aussehen wird ein paar kleinen Querschnitten ausgedrückt, die ihn dazu brachten, nur in einer Richtung zu wachsen. Eine ähnliche Querschnitte an einem anderen Baumstamm veranlaßte diesen zu einem runden Wachstum in Form einer runden Tischplatte. Durch weitere Versuche hat man festgestellt, daß künstlich den Baumstämmen beigebrachte Querschnitte, die sogar nicht härker zu sein brauchen als ein kräftiges Gindrücken mit den Fingern, den Baum veranlassen, sich nach einer bestimmten Richtung hin auszubreiten, gerade so wie der Stiel eines Insekts oder Ähnliches die Entwicklung eines Gallapses hervorruft. Diese Versuche werden in der forstwissenschaftlichen Schule zu Cambridge fortgesetzt und eifrig betrieben. Man hat sich an Institute in verschiedenen Teilen der Welt mit der Aufforderung gewendet, ihrerseits Versuche in dieser Richtung zu unternehmen.

Teufelsanbeter. Es klingt fast ungläubig, daß im 20. Jahrhundert noch ein Volk existieren soll, das den Teufel anbetet, und doch berichtet ein Reisender aus Bosphor in Mesopotamien von einem solchen Stamm, den er besucht hat. Es sind die Yezidi, ein Volk von arabischer oder kurdischer Herkunft, die in den Hügeln östlich des Taurus, nicht weit von Mosul wohnen. Sie sprechen meistens arabisch so gut wie ihre eigene Sprache, die ein kurdischer Dialekt ist. Die Yezidi sind nicht Muselmanen, sondern ihre Religion ist ein merkwürdiges Gemisch aus heidnischen, jüdischen und islamischen Lehren. Sie glauben, daß zwei große Geister die Welt beherrschen: Jesus oder Jia, wie sie den Heiland nennen, und der Teufel. Jeder dieser Geister regiert nach ihrer Meinung „jehmal 1000 Jahre“. Gegenwärtig ist der Teufel der oberste Regent der Welt und der Geister über alle Schicksale; deshalb nimmt er in der Weltanschauung der Yezidi die oberste Stelle ein, und sie verehren ihn als das höchste Wesen. Jesus dagegen, der gut und gnädig ist, aber augenblicklich nicht viel zu sagen hat, wird später einmal zur Herrschaft gelangen. Aber das hat noch gute Weile, denn „Nekel Taus“, der Teufel, hat noch 5000 Jahre zu regieren. Die Yezidi ehren das Zeichen des Kreuzes, beten neben dem Teufel die Sonne und den Mond an und küssen bei jedem Sonnenuntergang den Boden, den die letzten Straßen der Sonne berührt haben. Sie glauben sowohl an das Alte wie an das Neue Testament, obwohl sie es freilich, wie der Reisende sagt, „sehr verstanden von uns auslegen“. Sie haben auch ihre eigenen heiligen Bücher, die von einem Yezidi-Propheten herkommen; hier sind manche biblischen Geschichten, wie die von der Arche Noah, in merkwürdiger Umformung erzählt. Eine Art Priesterkönig, der Macht über Leben und Tod hat, beherrscht den Stamm, und sein großes Wort ist für alle Yezidi unumstößliches Gesetz.

Redarfanal. Mit dem Bau des Redarfanals soll im August begonnen werden.

Die Erhöhung des Schweizer Posttarifs. Die Berliner Handelskammer weist darauf hin, daß am 15. Juli erhebliche Erhöhungen des Schweizer Posttarifs für zahlreiche vertraglich nicht gebundene Positionen in Kraft getreten sind. Ein amtliches Verzeichnis hierüber kann im Verkehrsbüro der Kammer, Berlin E 2, Klosterstraße 41, beschafft werden.

Keine großen Postkarten fürs Ausland. Neuerdings kommen in Deutschland Postkarten in den Verkehr, deren Größe sich den internationalen Vorschriften nicht anpaßt. Die Empfänger müssen Strafporto entrichten und zwar in der Schweiz 25 Rappen, das sind etwa 2.50 Mk.

Bewirtschaftung von Kaff. Von beteiligter Seite wird uns mitgeteilt, daß der Kaff wieder in Zwangsverwaltung genommen wird, daß aber der Wips frei bleibt.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich betrug am 1. Juli 312 191 (233 618 männliche, 78 573 weibliche) gegen 296 183 am 15. Juni und 270 673 am 1. Juni. Dazu kommen 83 793 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden.

Letzte Nachrichten.

Mißgeschick eines amerikanischen Dampfers. **Hamburg, 18. Juli.** Der amerikanische Dampfer „Kermoor“ hat in der Nacht infolge Ruderfehlers beim Auslaufen die Altonaer Landungsbrücke gerammt. Der Schaden an der betriebsunfähig gewordenen Brücke beträgt über 2 Millionen Mark. Einige kleine Fahrzeuge sind gesunken. Der schwerbeschädigte Dampfer wird in Ansehung des Schadens vorläufig festgehalten.

Beendigung der italienischen Besetzung. **Wien, 18. Juli.** Die italienische Regierung hat der österreichischen zur Kenntnis gebracht, daß mit dem Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden über den Frieden von Saint Germain die militärische Besetzung von Gebieten innerhalb Oesterreichs durch italienische Truppen ihr Ende gefunden hat.

Unabhängigkeitserklärung des Libanon. **Amsterdam, 18. Juli.** Nach einer Neuentdeckung hat der Verwaltungsrat des Libanongebietes, der meist von Maroniten (römisch-katholischen Syriern), die früher die hauptsächlichsten Anhänger der Franzosen waren, gebildet wird, die Herrschaft der Franzosen über Syrien (das „Mandat“ des Völkerbundes) abgelehnt und die Unabhängigkeit des Libanon erklärt.

Aus London meldet der Pariser „Matin“ gerüchlicherweise, daß die Franzosen dem Araberkönig Fehsal am Mittwoch ein Ultimatum gestellt haben, Syrien solle das französische Mandat und die französische Sprache amtlich anerkennen und das französische Geld als Zahlungsmittel zulassen. Da nach abgelaufener Frist keine Antwort eingegangen war, haben die französischen Truppen den Vormarsch auf Aleppo und Damaskus angetreten.

Amsterdam, 18. Juli. Nach einer Londoner Meldung soll Bela Kun in Moskau angekommen sein.

Rom, 18. Juli. Der „Corriere della Sera“ teilt mit, daß bei den Unruhen in Triest ein Schaden von mehreren Millionen Lire verursacht wurde. Infolge der schweren Zusammenstöße in Panticale kam es in der ganzen Provinz zum Generalstreik. In Rom streifen seit einigen Tagen die Straßenbahnen.

Paris, 18. Juli. Das „Petit Journal“ schreibt, die Deutschen seien mit großen Plänen und Hoffnungen nach Spa gekommen und mit einem unbeschränktem Misserfolg zurückgekehrt. Die meisten Pläne sind unzufrieden, daß die Wiedergutmachung nicht entschieden sei, sondern an einem neutralen Ort (Genf) geregelt werde.

„Figaro“ sagt, der Vorkampf werde es den Deutschen gestatten, über die Zwangsmassnahmen zu verhandeln. Die Lage bleibe unklar. „Humanite“ weist darauf hin, daß Frankreich zugestanden habe, die Kohlen zum internationalen Preis, nicht nach den Förderungskosten zu bezahlen. Das bedeute eine Preisverdoppelung.

Nach belgischen Zeitungsmeldungen macht die Abbeschränkung der deutschen Kohlen den Belgiern und Franzosen bereits Schwierigkeiten wegen des Wagenmangels.

London, 18. Juli. Die Volkswirtschaftler weigern sich, ihre Offensive gegen Polen abzubrechen.

Jahrpreisermäßigung. Erholungsbedürftige Kinder, die von Behörden oder Vereinen aufs Land oder ins Ausland geschickt werden, genießen in Württemberg in diesem Jahr die Vergünstigung, daß sie nur den 4. Teil des Jahrespreises 4. Klasse zu bezahlen haben.

Weinausfuhr. Die für Exportweine bestehenden Mindestpreise sind nach Mitteilung der Weinhandelsgesellschaft in Berlin für Flaschenweine laut „Frankfurter Zeitung“ von 30 auf 20 Mark für die Flasche und von 40 auf 25 Mark für den Liter herabgesetzt worden. Dagegen bleiben alle übrigen Bestimmungen, insbesondere die Ausfuhrabgabe von 10 Prozent des Fakturenbetrages bestehen.

Blöchingen, 18. Juli. (Von der Bahnhofwirtschaft.) Die Familie Kirchgorg, die seit 50 Jahren die Bahnhofswirtschaft in mühsertätiger Weise betrieb, wird, wie verlautet, am 1. August die Pacht abgeben und sich nur noch dem Weinhandel widmen.

Pforzheim, 18. Juli. Bei den Siedlungsarbeiten der Siedlungs- und Landbank im Hagenstiehl will es gar nicht klappen. Die Arbeiten sind zwar nicht eingestellt, aber bei den Rodungen und Sprengungen erheblich eingeschränkt. Ein Teil der Arbeiter erhielt 8-10 Tage Urlaub. Die Arbeiten sollen, um wirtschaftlicher vorzugehen, künftig vergeben werden. Gewisse leitende Persönlichkeiten sollen sich nach dem sozialdem. „Volkfreund“ einem ziemlich beschaulichen und vergnüglichen Leben hingeben haben, während ihnen für die eigentlichen Aufgaben die nötige Sachkenntnis fehlte. Der Landtag wird sich mit der Sache befassen.

Der Aufsichtsrat der Bad. Siedlungs- und Landbank teilt mit, daß Regierungsrat Dr. Kampfmeyer auf sein Amt als Aufsichtsratsvorsitzender verzichtet habe und Direktor Betteker seines Postens vorläufig enthoben sei.

Mestkirch, 18. Juli. Aus der letzten Ziehung der Sparprämienanleihe sind Gewinne mit zusammen über 100 000 Mark in den Bezirk Mestkirch gefallen.

Tabaksteuer. Nach § 21 des Tabaksteuergesetzes vom 12. September 1919 hat, wer Tabak für eigene Rechnung pflanzt oder pflanzen läßt, der Steuerbehörde des Bezirks bis zum Ablauf des 15. Juli die mit Tabak bepflanzten Grundstücke einzeln nach ihrer Lage und Größe schriftlich anzumelden. Die Anmeldung der erst nach dem 15. Juli bepflanzten Grundstücke muß spätestens am 3. Tag nach der Bepflanzung erfolgen. Die nicht verpackungsfähige Erzeugnisse ist auch Tabak zu behandeln, der von Pflanzern, die nicht mehr als 50 Quadratmeter bepflanzen, lediglich für den eigenen Hausbedarf verwendet wird. Solcher Tabak wird wie Pfeifentabak und zwar nach den niedrigsten Sätzen des Gesetzes (im Kleinverkaufspreis bis zu 5 Mk. das Kilo, 1 Mk. für 1 Kilo Tabaksteuer) versteuert. Wer vorsätzlich die gesetzliche Steuer für Tabakerzeugnisse hinterzieht, wird mit einer Geldstrafe belegt, die das vierfache der Steuerverkürzung oder des Steuervorteils, mindestens aber 50 Mk. beträgt.

Der Rücktritt der Verkehrsbeamten. In den Verträgen über die Übernahme der Verkehrsanstalten durch das Reich ist den Verkehrsbeamten der Länder bis 3. August d. J. das Recht vorbehalten, in den Landesdienst zurückzutreten. Unter den Beamten herrscht nun große Unzufriedenheit, daß sie bei der Einstufung in die Reichsbesoldungsordnung gegenüber der Landesbesoldung benachteiligt sind und daß sie durch die Verschleppung der Reichsstellen seit 3 Monaten keine eigentlichen Gehälter, sondern nur Anzahlungen erhalten haben. Die bayerischen Verkehrsbeamten haben bereits am 30. Juni sich durch Abstimmung mit wenigen Ausnahmen geschlossen für den Rücktritt in den Landesdienst entschieden. Auch in Württemberg, Baden und anderen Ländern werden solche Abstimmungen vorgenommen.

Gehälter in den Ortskrankenkassen. Es wird uns geschrieben: Vor etwas länger als einem Monat haben zwischen den Tarifausschüssen des württ. Krankenkassenverbands und der Vereinigung der Angehörigen reichsgesetzlicher Versicherungsträger Württembergs Verhandlungen über die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse stattgefunden. Die neuen Tarife zeigen u. a. in einer mittleren Industriestadt folgende Gehaltsfestsetzung: Für den Verwaltungsdirektor 25 000 Mk., für 6 Buchhalter durchschnittlich je 17 000 Mk., für 4 Gehilfen je 16 000 Mk., für Kassaboten je 15 000 Mk. und für Hilfsarbeiter durchschnittlich je 7 000 Mk. Im ganzen beläuft sich die Gehaltssumme der Verwaltung einer solchen Ortskrankenkasse auf rund 240 000—250 000 Mk.

Die Erhöhung der Mehlpreise wird vielfach noch getadelt, obgleich die Gründe dafür wiederholt dargelegt worden sind. Von zuständiger Seite wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß unsere Vorräte nicht bis zur neuen Ernte ausreichen, daß vielmehr mehrere hunderttausend Tonnen Getreide aus dem Ausland gekauft werden mußten, wodurch bei dem schlechten Salustand gegenüber dem Preis für Inlandgetreide eine Mehraufwendung von etwa 3 Milliarden Mark entstand. Davon werden aber nur etwa 1 1/2 Milliarden durch die Erhöhung des Mehlpreises gedeckt, während der größere Teil der Ausgabe das Reich trägt.

Die Mövchentaube.

Das Mövchen ist eine Formtaube, da es bei seiner Zucht neben der Gefiederfarbe in erster Linie auf die äußere Erscheinung abgesehen wird. Diese sind zur Hauptfrage: kleine, gedrungene, zierliche Figur, aufrechte, stolze Haltung, besonders entwickelte Kopfform, kurzer, dicker Schnabel, Kehlwanne, stark hervortretende Brust und die mehr oder weniger entwickelte Brustkrause. Ihre Heimat haben die Mövchen alle in Innerasien, von wo sie über Kleinasien und Nordafrika nach Europa gelangten und zwar vornehmlich nach England, wo sie zu hochrasigen Tieren herausgezüchtet und weiter über die anderen Länder Europas verbreitet wurden.



Die Mövchenarten zerfallen in folgende Hauptarten: 1. deutsche, 2. englische, 3. italienische, 4. ägyptische, 5. chinesische und 6. orientalische Mövchen.

Das deutsche Mövchen in seiner ursprünglichen Form hatte nur wenig Anziehendes, da in der Regel die Form auf Kosten der Gefiederfarbe zu sehr vernachlässigt wurde. Erst in den letzten 25 Jahren, nach Gründung des Mövchenzüchterklubs ist es damit anders geworden. Heute sind die deutschen Mövchen an Raffigkeit allen anderen Rassen gleichwertig. Während man früher, um vornehmlich die Farben zu verbessern, mit Farbentäuben kreuzte, damit aber immer weiter von der edlen Mövchenform abkam, suchte man dann eine Verbesserung durch Einkreuzen von orientalischen Mövchen, namentlich der Anatolier und Turbits, und dieser Weg führte zu vollem Erfolg, so daß heute das deutsche Mövchen mit allen anderen vollauskonturieren kann. Als Hauptmerkmale der deutschen Mövchen jodert man: kurze, breitbrüstige, volle, kleine und aufgerichtete Figur, dicken, runden Kopf mit vollen Baden, sehr kurzen, dicken, abwärts gerichteten Schnabel, gut ausgebildete Kehlwanne und feberreich, schön geformte Brustkrause. An Farbschlägen unterscheidet man bei deutschen Mövchen: 1. Einfarbige, 2. Schildmövchen, 3. Weißschwänze, 4. Farbschwänze, 5. Schnippen.

Unsere Abbildung zeigt das schwarzschwänzige Mövchen und zwar das glattköpfige. Es werden solche auch mit Rundkappe gezüchtet. Das Gefieder ist bei allen Farbschwänzen rein weiß und nur der Schwanz farbige. Die Form soll natürlich echte Mövchenform aufweisen. Man züchtet vornehmlich Schwarzschwänze, die auch in der Form am vollkommensten sind, daneben auch vereinzelt Gelb-, Blau- und Roschwänze, die aber noch meistens in der Form recht mangelhaft sind.

Kleine Nachrichten.

In der Blindenanstalt. Die Krieger, die im Feld das Augenlicht verloren haben, dürften sich überall besonderer herzlicher Teilnahme und künftigen Unterstützung erfreuen. Und wahrlich, sie bedürfen ihrer auch. Aber Krankheit und dunkles Gesicht brachten immer schon manches junge Menschenkind um die Sehkraft seiner Augensterne. Am schlimmsten sind die dran die ohne Sehkraft geboren werden. Daß auch sie zu arbeitstüchtigen Menschen erzogen werden können, daß auch Blinde den Kampf des Lebens bestehen und in der für sie dunkeln Welt heimisch werden können, das ist ein Wundergeduldiger, aufopfernder Erziehungskunst. In unseren Blindenanstalten vollbringt man solche Wunder. Schon der fröhliche Ton und die muntere Bewegung unter den Zöglingen erregt das Erstaunen des Besuchers, der in der Blindenanstalt nur betäubende Bilder trauriger Hilflosigkeit erwartet hatte. Aber wenn er dann sieht, wie in der Vorschule bei den jüngsten Blinden der Tastsinn entwickelt wird, wie sie schon Erbsen, Linsen, Bohnen und Reiskörner auseinanderlesen, wie sie den vierbeinigen Anstaltswächter „begreifen“, wie die Hand und insbesondere das Ohr durch planmäßige Übung geschult werden, das Auge das dunkle Schicksal der Blindheit durchaus nicht hoffnungslos ist, wenn sich liebende Fürsorge seiner annimmt. Und wer die Blinden über ihren Büchern gesehen und beobachtet hat, wie sie mit den beiden Zeigefingern, langsamer freilich als Sehende mit den Augen, aber doch sicher das Beste deutschen Schrifttums sich aneignen. Wer sie in ihren Werkstätten beim Korbflechten oder beim Bürstenmachen gesehen hat, wer sie ihre Befriedigung über vollbrachte Arbeit und selbstverdientes Geld ausprechen hört, wer ihre Freude an Musik und Gesang kennen gelernt hat, der weiß, daß es möglich ist, auch ein so dunkles, armes Leben hell und reich zu machen. Ist das nicht ein schöner, wertvoller Dienst? Den leisten unsere Blindenanstalten (Nilolauspflege Stuttgart, Blindenanstalt Gmünd). Sie sind jetzt auch in schwerer Bedrängnis. Wer ihnen helfen und unserem Volk und Land ihre Liebesarbeit und die der anderen Anstalten erhalten will, gebe etwas bei der Sammlung für die Anstalten der Inneren Mission. Die Sammelstellen sind bekannt gemacht. Rasche und kräftige Hilfe tut not.

Die Einreise nach Meran ist frei auf Grund einer Einreisebewilligung, welche die dortige Kurvorsteherung vom Zivilkommissariat Meran in jedem einzelnen Fall erwirken kann. Diese Bewilligung berechtigt zum sofortigen Empfang des Passes und beim zuständigen italienischen Konsulat. Der Kurort, der zum erstenmal nach der Kriegszeit in der Lage ist, infolge dieser Einreiseerlaubnis wiederum um seine alten, lieben, deutsche Gäste zu werden, hofft seinen neuen Aufschwung aus der gänzlichen Lahmlegung seines Verkehrs neuerdings finden zu können und bereitet für den Herbst durch die Wiedereinrichtung der Kurkonzerte, des Theaters und der Kurbetriebe alles vor, um eine normale Saison zu ermöglichen. Die Lebensmittelversorgung ist eine sehr gute, die freie Bewegung ist unbelästigt und unbehindert. Im Uebrigen verweisen wir auf das Inserat in Nummer 28 des Baddlatts.

Wegfall des amtsärztlichen Zeugnisses bei berufstätigen Personen.

Nach der Bekanntmachung des Ernährungsministeriums vom 16. Juli 1920 bedürfen in der Zeit vom 20. Juli bis 15. September 1920 berufstätige Personen zum Kur- oder Erholungsaufenthalt für einen mehr als drei Übernachtungen umfassenden Zeitraum für sich und ihre Familienangehörigen zwar der Genehmigung des Oberamts, bei ihnen tritt jedoch, wenn der Aufenthalt nicht länger als drei Wochen dauern soll, an die Stelle des oberamtsärztlichen Zeugnisses die Urlaubsbescheinigung der vorgeordneten Behörde oder des Arbeitgebers, bei selbstständig Berufstätigen die Bescheinigung einer Behörde oder Berufsvereinigung über die tatsächliche Ausübung des Berufs.

Wildbad, den 18. Juli 1920.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Oberamt Neuenbürg.

Wursthöchstpreise.

I. Auf Grund des Höchstpreisgesetzes sind mit Zustimmung der Fleischverorgungsstelle folgende Höchstpreise für Wurst festgesetzt worden:

1. für eine Blutwurst (Blunse) im Mindestgewicht von 100 gr. (abgebunden) 2 Mk 90 S.
2. für 0,5 kg. Schnittwurst
 - a) Leberwurst 4 Mk 80 S.
 - b) Schwartenmagen rot (Preßwurst) 5 Mk 80 S.
 - c) Schwartenmagen weiß (Preßwurst) 5 Mk 80 S.
 - d) Schinkenwurst angeraucht 8 Mk 80 S.
 - e) Schinkenwurst, hartgeraucht 12 Mk 70 S.

II. Die festgesetzten Preise gelten für gute, aus Rind-, Kalb-, Schweinefleisch, Blut- und Innereien dieser Tiere ohne Ueberschreitung des üblichen Wassergehalts hergestellte Wurst.

Zusätze von Fleisch, Blut und Innereien anderer Tiere sind verboten.

III. Andere Wurstarten als die in Ziffer I genannten dürfen nicht hergestellt oder feilgeboten werden.

IV. Die Ueberschreitung der vorstehenden Höchstpreise ist verboten.

Den 12. Juli 1920. Rilling, A.B.

Bekannt gegeben.

Wildbad, den 19. Juli 1920.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Umständehalber

verkaufte Schmuckgegenstände in Brillanten und Perlen. Besichtigung zwischen 1—4 Uhr. Haus Trippner, Rennbachstrasse.

Schellfisch, Cabliau und Merlan

sind frisch eingetroffen bei Adolf Blumenthal.

Diese Woche trifft wieder ein Waggon Speise-Kartoffeln

ein. Bestellungen nimmt entgegen Karl Tubach.

Prima Pfälzer Weißtraut und Pfälzer Carotten,

per Zentner 60 Mark,

Zwiebeln, 75 Mk. per Ztr.

zu haben bei Wilhelm Rath.

Neue Kartoffeln, per Zentner Mk. 40, können ab morgen früh am Bahnhof gefast werden. Der Obige.

Bedeutendes pfälz. Flaschenweinhaus

sucht in WILDBAD und Umgebung einen in den einschlägigen Geschäften, Hotels und bei besseren Privaten gut eingeführten

Vertreter.

Verlangt wird: Umsichtige und gründliche Arbeit. Geboten wird: Hohe Provision und umfangreiche Unterstützung durch Propaganda jeder Art. Offerten mit Referenzen unter H. 10732 an Ann.-Exped. D. Frenz, G. m. b. H. Mainz erbeten.

Schöne frische Pflaumen,

Pfund 1,10 Mk.,

Bohnen,

Pfund 90 Pfg.,

eingetroffen bei R. Chiregato.

15—20 Ztr. alte gute

Kartoffeln

hat abzugeben, wer sagt die Exped. ds. Blattes.

Schönen, neuen Militärmantel

hat preiswert zu verkaufen Georg Frig, Schneidermeister.



Bon Damenuhr Sprungdeckel verloren.

Abzugeben gegen Belohnung bei der Exped. ds. Bl.

Gesucht nach Zürich, 15. August zu einem kinderlosen Ehepaar ein tüchtiges

Mein-Mädchen

das selbständig kochen kann und willig Hausarbeit verrichtet. Nur Mädchen mit guten Zeugnissen wollen sich melden. Offerte S. N. Badhotel Wildbad.

Landes-Kur-Theater

Wildbad

Direktion Steng & Krauß.

Montag, den 19. Juli

„Liebe“

Tragödie in 3 Akten.

Dienstag, den 20. Juli

Die fünf Frankfurter.

Lustspiel in 3 Acten von K. Rössler.

Städt. Arbeitsamt

Wildbad

im Lebensmittellamt,

Fernsprechanschluß 140.

Für sofort oder später

werden gesucht:

Männlich:

1 Bedarfsaus Helfer (nicht

unter 16 Jahren).

Weiblich:

Hausmädchen,

Küchenmädchen,

Zimmermädchen,

1 jung. Mädchen als Bei-

hilfe.

Stellen suchen:

männlich:

Schneider,

Rüchenschef,

Zeichner,

Bauer,

Kellner,

Hausdiener,

Sattler,

Krankenwärter,

Bäcker,

Hilfsarbeiter,

Buchhalter.

weiblich:

1 Stütze, (keinen Lohn, freie

Station),

1 jung. Mädchen als Bei-

hilfe für Bäcker.